K-06-290 Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragsteller*in: Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-06

Von Zeile 289 bis 292 einfügen:
Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein attraktives öffentliches Angebot, das sich alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel leisten können, als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Mobilität muss ein Grundrecht sein. Das 9-Euro-Ticket war dabei ein großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im Nahverkehr und rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung ausgesprochen.

Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV direkte
Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe, einfache und bundesweite Folgelösung. Dabei dürfen die Kosten für ein bundesweites Ticket den im Arbeitslosengeld II vorgesehenen Betrag von zur Zeit 40 Euro pro Monat nicht überschreiten, im Idealfall wollen wir ein Ticket unterhalb der 20-Euro-Grenze. In jedem Fall müssen entsprechende Zuschüsse für Menschen gewährt werden, die sich ein Ticket andernfalls nicht leisten können. Unser Ziel bleibt, dass sich die Zahl der Nutzer*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der Mittel für den
Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben der Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das effektivste
Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere Infrastruktur
umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

Begründung

"Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen orientieren, vollständig barrierefrei gestaltet sein und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine sozialökologische Politik schafft die Mobilitätswende und garantiert allen Menschen nachhaltige Mobilität." - Mit diesen Worten wird in unserem Grundsatzprogramm das Kapitel "Mobilität" eingeleitet.

Mit dem 9-Euro-Ticket wurde für 3 Monate der ÖPNV auf links gedreht und in großen Teilen entsprechend unseres Grundsatzprogramms umgestaltet. Mobilität für Alle war plötzlich nicht nur eine theoretische Möglichkeit, sondern praktische Realität. Menschen, die es sich sonst nie hätten leisten können, haben durch das 9-Euro-Ticket ein riesiges Stück Freiheit bekommen.

Diese historische Periode darf nicht zur einmaligen Ausnahme verkommen, sie sollte unser Anspruch an eine neue Realität sein. Ein bundesweites Ticket, das sich alle leisten können ist auch finanzierbar. Wenn man die Milliarden an klimaschädlichen Subventionen, die allein im Verkehrssektor jedes Jahr anfallen, streichen würde, wäre

mehr als Genug Geld für leistbaren ÖPNV und den massiven Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur vorhanden.

Hinweis: Aus technischen Gründen wurde der Folgeabsatz inkl. der dort beantragten Änderungen mit eingefügt.

weitere Antragsteller*innen

Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Achim Jooß (KV Ortenau); Tobias Schlechter (KV Mainz); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Thorge Babbe (KV Chemnitz); Fabian Schwabbauer (KV Mannheim); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Miriam Matz (KV Altmark); Hannah Oschmann (KV Würzburg-Stadt); Justus Heuer (KV Jena); Philipp Lang (KV Stuttgart); Michelle Daniela Angeli (KV Halle); Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Anne Steuernagel (KV Berlin-Neukölln); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Dave Kolboom (KV Steinburg); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Dirk Jahreis (KV Göttingen); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.